

# Süder SPD-Kandidaten gegen Müllverbrennung

Im Gegensatz zur Fraktionsmehrheit / Bürgergespräch

Herten. Umweltprobleme beherrschten die Diskussion auf dem letzten Bürgergespräch, das, vom Bürgerforum veranstaltet, am Montagabend mehr als 70 Bürger in die Gaststätte Christ führte. Unter der Leitung von Geschäftsführer Gregor Spohr nutzten Margret Rotberg, Dieter Jordan und Meinhard Koczvara von der FDP, Reinhard Hahn, Gerhard Albers und Robert Rösler von der CDU und Karl Steinhart, Paul Haasch, Gertrud Weiser und Hans Puzicha von der SPD die Gelegenheit, sich die Sorgen der Bürger anzuhören und ihre Vorstellungen zur Bewältigung der Probleme in Herten Süd zu entwickeln.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Verbrennungsanlage für Industrie- und Hausmüll, die in Herten Süd geplant ist. Die Vertreter aller Parteien bedauerten, daß die Errichtung dieser Anlage dem Entscheidungseinfluß des Rates entzogen sei. Sie waren sich darüber einig, daß dieser Betrieb eine kaum ertragbare Belastung für die Hertenener Bürger darstelle. Unterschiedlich allerdings waren die Konsequenzen, die die Politiker aus diesem Sachverhalt zogen.

Während die Kandidaten der FDP dafür plädierten, statt der geplanten Verbrennungsanlage eine umweltfreundlichere Verwertungsanlage zu errichten, wollen die CDU-Kandidaten darauf achten, daß die für Müllverbrennungsanlagen geltenden Auflagen so extrem wie möglich ausgelegt werden, damit die Umweltbelastung so minimal wie möglich gehalten werde. Der CDU-Kandidat Reinhard Hahn vertrat die Ansicht, daß bei einer scharf gehandhabten Kontrolle die Müllverbrennungsanlage eine wesentlich geringere Umweltbelastung bewirken werde als der Lkw-Verkehr, der sich als Folge der Anlage einstellen werde. Er forderte deshalb den Ausbau der Nord-Süd-Achse, wie er von der Jugendorganisation der SPD, den Jusos, entwickelt worden sei.

Karl Steinhart, SPD, trat als radikaler Gegner der Müllverbren-

nungsanlage auf. Die SPD-Kandidaten aus Herten Süd werden, so betonte er, notfalls auf die Straße gehen, um sich gegen die Anlage zu wehren, und auch von der Möglichkeit Gebrauch machen, mit all denjenigen zu koalieren, die gemeinsam mit den Süder Kandidaten eine ablehnende Haltung in dieser Frage vertreten. Er werde sich bemühen, eine möglichst breite Basis des Widerstandes aufzubauen. „Wenn der Bergbau bereit wäre, die entsprechenden Grundstücke an die Stadt abzutreten, könnten wir die Verbrennungsanlage ohne weiteres verhindern.“

Wirksame Schutzmaßnahmen versprachen alle Politiker auch den Anwohnern der Karlstraße, die sich durch den Lärm der Autobahn unzumutbar belästigt fühlen. Umstritten war lediglich, in welcher Weise dieser Schutz am wirksamsten erreicht werden könne. Karl Steinhart versicherte, daß er den Bundesverkehrsminister Kurt Gscheidle bei seinem Besuch in Herten am 15. April auf dieses Problem nachdrücklich hinweisen werde.

Die Plattierung der Bürgersteige und der Ausbau der Straßendecke auf der Karlstraße, so erfuhren die Bürger schließlich, werde sofort in Angriff genommen, wenn die Arbeiten am Wieschenbeckgraben beendet seien. Mit dem Beginn der Arbeiten sei noch vor den Wahlen zu rechnen.

U. H.

Stadtdirektor Pickmann

14/15 April 1977

# Für Industriegelände in Süd beginnt jetzt eine neue Zeitrechnung

RZR

„Große Chance für Entwicklung der Region“

Herten. Anfang Juli will die „Aktiengesellschaft für Entwicklungsplanung“ (AGEPLAN) das Gutachten für ein Gelände vorlegen, für das nach Ansicht von Stadtdirektor Heinz Pickmann damit eine „neue Zeitrechnung“ beginnt. Die Fläche, um die es geht und die für die Entwicklung der gesamten Emscherzone von Bedeutung sein könnte, ist 900 000 Quadratmeter groß und liegt im Industriegebiet an der Hohewardstraße. Jahrelang nach Bemühungen um eine Ford-Ansiedlung von einer Eigentümer-Interessengemeinschaft blockiert, gehört es nun dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk und kann neben dem Rohstoff-Rückgewinnungs-Zentrum Ruhr (RZR) eine Reihe weiterer Betriebe aufnehmen. Hertener Betrieben ist bereits ein Fragebogen zugestellt worden, mit dem sie auch mögliche Wünsche auf Ansiedlung anmelden können.

Als sich in den sechziger Jahren die Ford-Manager für das an Straße, Schiene und Wasser (Hafen in Wanne) optimal angebundene Gelände interessierten, hatten um Arbeitsplätze bangende Firmen die Grundstücke erworben; um die Ansiedlung zu verhindern. VEBA, Salzgitter AG, Mannesmann, Stahlwerke Peine und Texaco mußten seitdem um jeden Quadratmeter gefragt werden — und denkt man an Texaco, so fiel die Entscheidung letztlich in New York.

Eine Situation, die sich Ende letzten Jahres schlagartig geändert hat. Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) kaufte nicht nur Gelände, das er für sein Rückgewinnungszentrum benötigt (144 000 qm), sondern auf Drängen der Stadt gleich die gesamte Fläche (bis auf eine unbedeutende Parzelle der Hafenbahn). „Nun können wir endlich allein nach dem Gesichtspunkt des öffentlichen Wohls in diesem Bereich handeln“, betonte Stadtdirektor Pickmann.

## Umsiedlung von Firmen möglich

Im Dezember beschloß der Rat (wir berichteten) seine Beteiligung (15 000 DM) für ein Gutachten (Gesamtkosten 56 000 DM), mit dem der Siedlungsverband die Firma AGEPLAN beauftragt hat. Ziel: Nach gründlicher Analyse eine Konzeption für die Gesamtfläche zu erstellen, um eine fundierte Ansiedlungsplanung durchführen zu können.

Um die Hertener Wirtschaftsstruktur zu untersuchen, sind im März an 40 Hertener Betriebe Fragebögen verschickt worden, die laut Pickmann „weder die Stadt, noch der SVR, noch das Finanzamt“ zu Gesicht bekommen, aber für die Gesamtbeurteilung von großer Bedeutung sind. Bisher ist der Rücklauf noch mager, doch hofft Pickmann noch auf weitere Antworten, denn schließlich geht es auch um

mögliche Betriebsverlagerungen. „Auch wer keinen Bogen bekommen hat, sich aber für eine Ansiedlung in diesem Bereich interessiert, sollte uns ansprechen, betont der Stadtdirektor.“

Pickmann erhofft sich auch die Hilfe der Nachbarn und der Politiker, z. B. bei der Ruhrgebietskonferenz. „Das Gelände bietet in dieser für den Raum einmaligen Größe und Lage Möglichkeiten für die Entwicklung der gesamten Region.“

-sp-

### HERTENER ALLGEMEINE

Lokalredaktion: Gregor Spohr  
Telefon 8 19 77

Nach Redaktionsschluß: Wilfried Jäger  
Herten, Kurt-Schumacher-Str. 4, Tel. 3 65 66  
Die „Hertener Allgemeine“ erscheint mit allen amtlichen Bekanntmachungen des Kreises Recklinghausen.

Umweltfeindliche Entscheidungen

# SPD Mitte-Süd: „Entrüstung“ über das Vorgehen des KVR

Ortsverein will nicht länger kritik- und tatenlos zusehen.

**HERTEN.** Die Änderungen am Rohstoff-Rückgewinnungszentrum (RZE) und das Haldenkonzept für Herten Süd standen auf der Tagesordnung der Vorstandssitzung des SPD-Ortsvereins Herten-Mitte-Süd. Zum Ablauf der nichtöffentlichen Sitzung machte der Ortsverein folgende Mitteilung: „Allgemeine Entrüstung kennzeichnete die Diskussion über das Vorgehen des Kommunalverbandes Ruhr (KVR). Der Ortsverein Herten ist daher nicht länger bereit, kritik- und tatenlos diese Handlungsweise hinzunehmen. Wir sind es den Bürgern in Herten Süd schuldig, dem KVR auf die Finger zu sehen, es darf zu keinen weiteren Umweltbelastungen in diesem Bereich kommen“, so Vorsitzender Heribert Werner.

Ergebnis der Beratungen war die Einsetzung einer Arbeitsgruppe des Ortsvereins. Diese Gruppe wird zunächst die geplanten oder schon vollzogenen Änderungen auflisten, kritisch würdigen und dann dem Vorstand Vorschläge für die weitere Vorgehensweise unterbreiten.

Zweifel wurden laut, wie die geplanten 300 000 Tonnen Müll zusätzlich verkraftet und gelagert werden sollen. Die Mülldeponie Emscherbruch ist in absehbarer Zeit am Ende ihrer Kapazität. Die Anfahrt kann nach einhelliger Meinung des Ortsvereins nur über den Emscherbruch schnellweg erfolgen. Eine Anfahrt durch die Stadt würde den schärfsten Protest und Widerstand der Hertener Sozialdemokraten hervorrufen.

Mit Erstaunen und großem Befremden nahm der Ortsverein die Absicht des Regierungspräsidenten zur Kenntnis, den Gebietsentwick-

lungsplan bereits einen Monat nachdem die Stadt Herten sich zum Rahmenkonzept zu äußern hat, dem Rat zur Stellungnahme zuzuleiten.

Die SPD sieht hierin die Gefahr, daß ihre Vorstellungen, die sie in die Stellungnahme zum Rahmenkonzept einbringen wird, durch die sich ganz kurzfristig daran anschließende Erstellung des Gebietsentwicklungsplanes vom Regierungspräsidenten unterlaufen werden. Die SPD wird mit größter Aufmerksamkeit darauf achten, daß keine umweltfeindlichen Entscheidungen zu Lasten der Hertener Bürger vom RP durchgesetzt werden. Sie fordert daher, daß zunächst eine Beratung im Bezirksplanungsrat zu erfolgen hat und ihre Vorstellungen aus dem Rahmenkonzept im Gebietsentwicklungsplan voll verwirklicht sind.

Ein Verhalten wie das der CDU in der letzten Ratsitzung, so die ein-

hellige Meinung des Ortsvereins, ist im Interesse der Bürger der Stadt unverantwortbar.

Letztlich ist es nicht Sache der SPD, wenn die CDU kein Konzept zur Haldenproblematik hat. Einerseits will sie sich ein Hintertürchen offenhalten bis zur entscheidenden Ratsitzung am 8. 5., indem sie zunächst die Vorlage von Gutachten fordert, wohl wissend, daß ein solches innerhalb eines halben Jahres nicht vorliegen wird, andererseits aber sagt sie nicht, zu welcher Haldenform sie überhaupt ein Gutachten wünscht.

Genau zu einer solchen Stellungnahme wollte sie die SPD auffordern. Die CDU aber sah sich dazu nicht in der Lage. Es stellt sich die Frage, will die CDU ein Gutachten zu der derzeit praktizierten oder zu der von dem RP geplanten Haldenaufschüttung oder ab zu dem von der SPD geforderten Landschaftsbauwerk.

Die SPD nennt eine solche Meinungslosigkeit unverantwortlich. Tatsache bleibt, daß die SPD als einzige Partei ein Konzept zu diesem Problem erarbeitet hat, das mit der Forderung nach einem Landschaftsbauwerk die berechtigten Interessen der Bürger nach Schonung der Umwelt mit der Notwendigkeit der Sicherung der Arbeitsplätze verbindet.

13. März 80

August Bönke befürchtet:

# Müllanlage wächst uns über den Kopf

Erweiterung muß dringend erörtert werden

11.2.81

**RECKLINGHAUSEN.** Die vom Kommunalverband Ruhr (KVR) vorgelegten Pläne zur Erweiterung des Rohstoffrückgewinnungszentrums in Hertel, die bereits am vergangenen Wochenende den Kreisbauausschuß aufgeschreckt hatten, müssen nach Auffassung des SPD-Stadtverordneten August Bönke auch im Rat der Stadt Recklinghausen erörtert werden. Schließlich ist Hochlarmark, so erklärte Bönke gestern, durch seine Nachbarschaft zum Emscherbruch unmittelbar berührt.

In einem Schreiben an Oberbürgermeister Erich Wolfram zeigt der SPD-Politiker die Entwicklung noch einmal auf. Danach war im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens ein Jahresdurchsatz von 395 000 Tonnen Hausmüll, 57 000 Tonnen Industrieabfällen und 3000 Tonnen Krankenhausmüll genehmigt. Dazu hatten auch die zuständigen Gremien des Kreises Recklinghausen, der nach dem Gesetz für die Abfallbeseitigung zuständig ist, in Abstimmung mit den betroffenen Städten ihre Zustimmung erteilt.

Nach der neuesten Planung sollen nun aber noch zwei weitere Verfahrensstraßen mit einer Jahresleistung von zusammen 300 000 Tonnen zusätzlich gebaut werden. August Bön-

ke befürchtet, daß erhöhte Verkehrs- und Umweltbelastungen auch auf Wohnbereiche in Hochlarmark und anderen südlichen Stadtteilen von Recklinghausen zukommen. Von den zusätzlichen Kosten (das Investitionsvolumen steigt auf 348 Millionen DM) ganz zu schweigen.

Der gesamte Sachverhalt muß nach Auffassung von Bönke auch im Recklinghäuser Rathaus erörtert werden, und zwar so schnell wie möglich. Der SPD-Stadtverordnete weist darauf hin, daß in Hertel bereits Überlegungen angestellt werden, ein Planfeststellungsverfahren einzuleiten. Er verweist ferner darauf, daß in dieser Angelegenheit am 6. März eine weitere Sondersitzung des Kreisbauausschusses stattfinden soll.

-dorf

## Vertrauenskrise

Auch im Februar mußte der Kommunalverband Ruhr als Betreiber des im Süden entstehenden Rohstoff-Rückgewinnungszentrums Ruhr einiges an Kritik „einstecken“. Es stellte sich heraus, daß das im Rohbau fertiggestellte Hauptgebäude um 13 Meter länger ausgefallen ist als angekündigt — ein Grund mehr für hiesige Politiker, ihr bisheriges Vertrauensverhältnis zu dem Verband grundsätzlich zu prüfen.